



# Bärenpost

**Mittendrin: Sören Pellmann**  
Ihr Leipziger Bundestagsabgeordneter zieht Bilanz

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

die aktuelle Krise stellt unsere Gesellschaft vor neue, bisher ungekannte Herausforderungen.



Gerade in dieser Zeit wollen wir sowohl unsere Gesundheit schützen als auch weiterhin solidarisch zueinander sein. Die zahlreichen spontan entstandenen nachbarschaftlichen Hilfsprojekte zeigten sehr eindrucksvoll, dass die Menschen in solch turbulenten Zeiten durchaus in der Lage und Willens sind, sich gegenseitig zu unterstützen. Das macht Mut und daran sollten wir festhalten.

Auch für mich und mein Team waren die Ereignisse der letzten Wochen eine Herausforderung. Politik wird für und vor allem auch mit den Bürgerinnen und Bürgern gemacht. Wenn jedoch Kontakte beschränkt werden, ist es schwierig aktiv zu sein. Dennoch haben wir Wege gefunden, wie wir mit Ihnen im Austausch bleiben und Sie über aktuelle und wichtige Themen informieren können. Mehr dazu finden Sie im Innenteil der Bärenpost.

Natürlich wurden trotz der Pandemie politische Entscheidungen getroffen – sowohl auf kommunaler, als auch auf Bundesebene. Im Stadtrat konnte DIE LINKE mit der Forderung durchsetzen, dass die Speisenversorgung finanziell schwacher Familien durch mobile Versorger garantiert wird. Ebenso erkämpften wir Krisenzuschüsse für Soloselbstständige und Gastronomen. Im Bund brachten wir mehrere Anträge zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes sowie Zuschüsse für Studierende und andere Mini-Jobber ein. Das Thema der sozialen (Un)Gerechtigkeit wird uns sicher noch sehr lange begleiten und wir als LINKE werden uns weiterhin für jeden Einzelnen einsetzen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

*S. Pellmann*

## Hilfspakete verstärken soziale Ungerechtigkeit



Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft hart getroffen. Vom einen auf den anderen Tag wurden zahlreiche Beschäftigte für 60 beziehungsweise 67 Prozent des Nettolohns in Kurzarbeit geschickt. Die zehn Millionen Menschen in Kurzarbeit erhielten bereits vor der Krise oft nur niedrige Löhne, wie etwa in der Gastronomie. Von der Höhe des Kurzarbeitergeldes können sie nicht leben. Gleichzeitig mindert es die Möglichkeit, die Wirtschaft wieder hochzufahren, da diese Menschen sowie so aktuell weniger Geld ausgeben, weil sie derweil höhere Schulden oder noch Angst haben. Mittlerweile erhöht sich dadurch zurecht der Protest gegen diese sozialen Verwerfungen. An vielen Orten in Deutschland werden diese Proteste in Teilen von Verschwörungsideologen und Nazis missbraucht. Dabei gibt es eigentlich einen wirklichen Grund, die Stimme zu erheben und das Krisenmanagement der Bundesregierung zu kritisieren: Die sozial unausgewogenen, unsolidarischen Rettungspakete.

Zahlreiche Soloselbstständige und Freiberufler standen von einem Tag auf den anderen vor dem Nichts. Hier musste die Stadt Leipzig auf Drängen der LINKEN mit einem eigenen Rettungsschirm aus dem kommunalen Haushalt einspringen, um diese Personengruppe vor der Verelendung zu schützen. Umso ungerechter ist es, wenn große Konzerne stattdessen umfangreiche Kredite und Zuschüsse, ähnlich wie in der Eurokrise 2009, aus Steuergeldern erhalten. Als Sinnbild agieren die Autokonzerne. Beispielsweise verfügt BMW über Cashreserven von mindestens zwölf Milliarden Euro und schüttete vor kurzem 1,5 Milliarden Euro Dividende an die eigenen Aktionäre aus. Zeitgleich beantragte BMW wegen der Corona-Krise aber die

staatlich subventionierte Kurzarbeit. Wer Milliarden an Aktionäre auszahlen kann, der kann auch seine Beschäftigten problemlos selbst bezahlen.

Sinnvoll und gerechter wäre es gewesen, die Bundesregierung hätte im Rahmen ihrer Rettungsschirme allen Bürgern, unabhängig ob Freiberufler, Selbstständiger, abhängig Beschäftigter oder Minijobber, direkt zu Beginn der Krise eine Einkommensgarantie gegeben. Hierdurch hätte das wegfallende Einkommen bis maximal zur Höhe des Durchschnittseinkommens ersetzt werden können. Diese Maßnahme hätte nicht nur zahlreiche Existenzängste gemindert, sondern auch das in den letzten Jahren gelittene Vertrauen in den Staat deutlich gemindert.

Vorstöße wie eine Pauschalauszahlung in Höhe von 300 Euro für jedes Kind sind zwar sinnvolle Initiativen, aber letztlich auch nur Augenwischerei der Bundesregierung. Die Familien mit Kindern haben in den letzten Monaten ein erhebliches höheres Maß an Einkommen verloren, was insbesondere in Armutshauptstädten wie Leipzig zu einer Verschärfung der Lebenssituationen von Kindern führte. Die Auszahlung dieses niedrigen Einmalbetrags würde diese Familien nur geringfügig besserstellen. Gleichzeitig profitieren von dieser Maßnahme auch Wohlhabende, die womöglich gar keine Einbußen in der aktuellen Krise hatten. Statt Symbolpolitik braucht es endlich ernsthafte Diskussionen, wie der Sozialstaat zukünftig vor allem Menschen in Armut und im Niedriglohnssektor schützen kann. Solange es keine armutsfesten Löhne und existenzsichernde Renten gibt, wird die sich vertiefende soziale Spaltung nicht überwunden werden können.



Sowohl die Linksfraktion im Stadtrat (hier zu sehen) als auch die im Bundestag arbeiteten während der Ausgangssperren weiter per Videokonferenz. (Quelle: „Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat zu Leipzig“ auf Facebook)

# Nah dran

## Kommunikation und Information in Zeiten der Corona-Pandemie

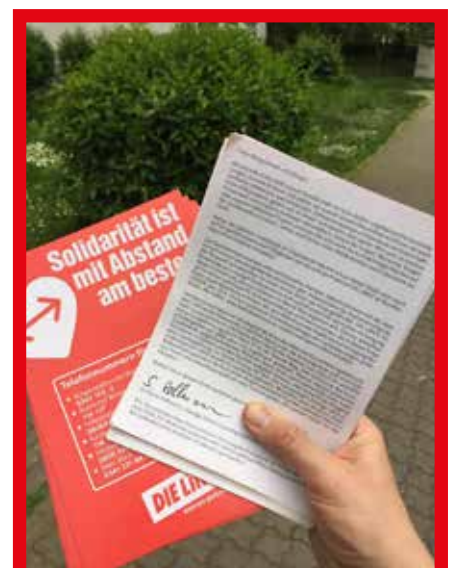
Die Tür meines Wahlkreisbüros war von März bis Mitte Mai geschlossen. Hygiene-Vorschriften und Kontaktverbote machten Bürgersprechstunden und Veranstaltungen in dieser Zeit unmöglich. Trotzdem wollte ich natürlich, gerade in dieser, für viele Menschen sehr unsicheren Zeit, mit den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden sowie Institutionen im Kontakt bleiben, mich wie gewohnt ihrer Sorgen annehmen und helfen, wenn es irgend möglich ist. Doch wie? In Zeiten von „social distancing“ half „social media“ und relativ zügig konnte ich alternative Formate wie die digitale Bürgersprechstunde und Online-Gespräche via Facebook, Instagram und Twitter anbieten.

Selbstverständlich war das zunächst sehr aufregend, da neu und ungewohnt. Aber schon nach kurzer Zeit hatten sich die Abläufe der Video-Schalten ganz gut eingespielt. Zweimal in der Woche bot ich meine Digitalen Bürgersprechstunden für jeweils eine halbe Stunde an. Am Mittwoch, ab 19 Uhr auf Facebook sowie am Donnerstag zur selben Zeit via Instagram konnten Interessierte mit mir ins Gespräch kommen. Dieses Angebot nahmen erstaunlich viele Menschen in Anspruch. Ein großer Vorteil der digitalen Sprechstunde ist, dass ich vergleichsweise mit deutlich mehr Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt treten kann.

Für die Online-Talks, die im Übrigen jederzeit über meine Homepage abrufbar sind, habe ich mir mindestens einmal in der Woche einen interessanten Gesprächspartner aus Politik und Gesell-

schaft eingeladen, um mit ihnen über die derzeitige Situation für sie und für die Menschen, welche sie vertreten, zu reden. Mit der Vorsitzenden des Leipziger StadtElternRates, Nancy Hochstein, dem Bezirksvorstandsvorsitzenden der Lehrer-gewerkschaft GEW, Fabian Wolf und dem SDS-Bundesvorstandsmitglied Christian Ott konnte ich über Bildungsfragen und die Alltagsorgen von Schülerinnen, Schülern, Lehrkräften und Studierenden sprechen. Schauspieler Peter Schneider erzählte mir von den großen Problemen, die die Kulturschaffenden in der Krisen-Zeit haben. Beim Gespräch mit dem DGB-Regionalgeschäftsführer Erik Wolf ging es um die Auswirkungen von Corona auf die gesamte Arbeitswelt und die Arbeitnehmerrechte. Mit der Landesgeschäftsführerin des Familienverbandes SHIA e.V., Brundhild Fischer, konnte ich über die dramatische Situation der Alleinerziehenden und mit der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Deutschen Bundestag, Amira Mohamed Ali, über das große Thema „soziale Gerechtigkeit“ während und nach der Pandemie sprechen.

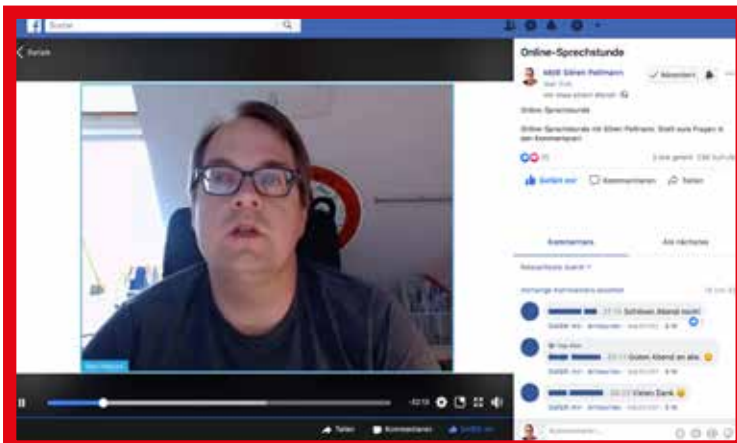
Solche Gespräche gehören zwar zum „Alltagsgeschäft“ eines Politikers und waren insofern nicht gänzlich neu. Aber die direkte Beteiligung von Zuschauer\*innen habe ich zu schätzen gelernt und möchte daher auch künftig solche Formate anbieten. Auch die Digitalen Sprechstunden wird es weiterhin geben. Für alle weniger Internet-affinen Menschen werde ich selbstverständlich auch wieder im direkten Kontakt, live und in Farbe zur Verfügung stehen.



Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilten Informationen zur aktuellen Situation im Wahlkreis.

## Solidarität ist mit Abstand am besten



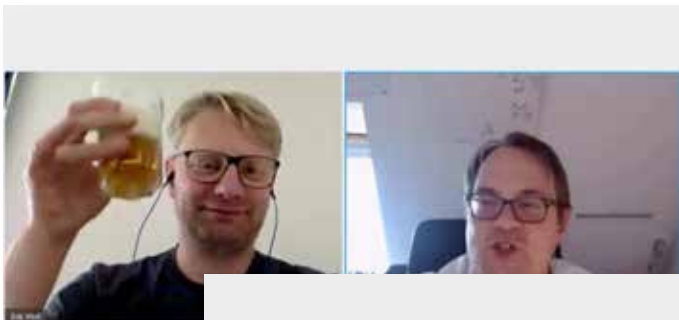


Aus Sprechstunden wurden Online-Sprechstunden auf Facebook, Instagram und Twitter, um weiterhin erreichbar zu sein. Über die Kommentare konnten Fragen gestellt werden.

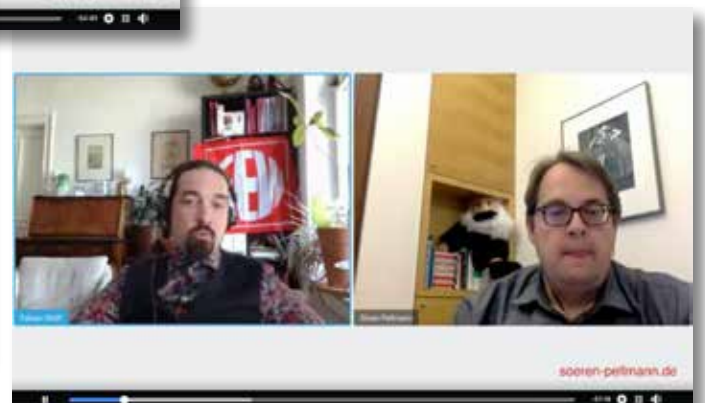


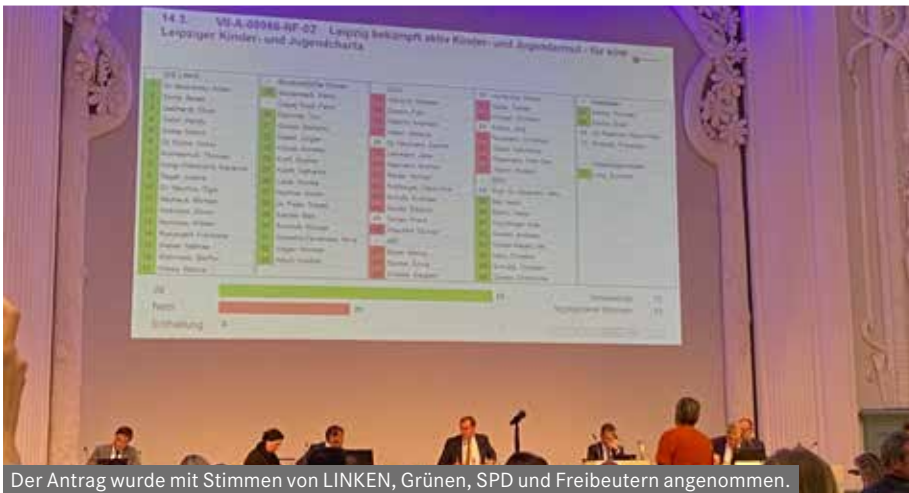
Die Sitzungen des Stadtrates fanden ab Ende April wieder „live“ statt. Um Abstand wahren zu können in der Kongresshalle am Zoo.

# → trotz Abstand



Im Gespräch mit **Erik Wolf** (DGB Leipzig-Nordsachsen), **Amira Mohamed Ali** (Vorsitzende LINKE Bundestagsfraktion), **Brunhild Fischer** (SHIA e.V. Sachsen), **Peter Schneider** (Schauspieler) und **Fabian Wolf** (GEW Leipzig), *in Leserichtung.*





# 16.000 Kinder in Leipzig leben in Armut!

Kein Kind darf in Armut aufwachsen – DIE LINKE kämpft für eine Leipziger Kinder- und Jugendcharta!

Nach Berechnungen des Deutschen Kinderschutzbundes leben etwa 4,4 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland in Armut oder sind von Armut bedroht. In Leipzig ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen und erhält Sozialleistungen. Wir sagen: Es besteht schneller und nachhaltiger Handlungsbedarf! Und dieser Bedarf ist je nach Stadtteil sehr unterschiedlich ausgeprägt. In den Ortsteilen Zentrum oder äußeren Gebieten wie Plaußig-Portitz ist lediglich jedes hundertste Kind von Armut betroffen, in Volkmarsdorf oder Teilen von Grünau hingegen jedes zweite Kind. Am 20. Mai beschloss der Leipziger Rat den Antrag der LINKEN „Leipzig bekämpft aktiv Kinder- und Jugendarmut – für eine Leipziger Kinder- und Jugendcharta“. Mit diesem Beschluss wird die Stadt Leipzig bis 2021 analog zur Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen eine Kindercharta – ein Leipziger Kindergrundgesetz – erstellen. Darin soll ebenso eine umfassende Gesamtstrategie zur Prävention armutsbedingter Folgen, beginnend im frühkindlichen Bereich, enthalten sein. Auf dem Weg zu dieser Kinder- und Jugendcharta organisiert die Stadt einen Runden Tisch „Zukunft und Bildungschancen für Kinder – aktiv gegen Kinderarmut in Leipzig“. An diesem sollen

Vertreter aus Stadtverwaltung, Spitzenverbänden, Jugendhilfe, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik Platz nehmen und die aktuelle Situation der Kinderarmut diskutieren sowie nach Gegenstrategien suchen. Die guten Erfahrungen anderer Kommunen in der Bundesrepublik bei der Bekämpfung der Kinderarmut sind dabei einzubeziehen.

Es sollte klar betont werden: Kinderarmut bedeutet oftmals ein lebenslanges Müh-sal. Das Leben von Heranwachsenden in Armut ist mit Angst und zahlreichen Konflikten verbunden. Das ist das komplette Gegenteil einer unbeschwerter Jugend, die wir uns alle für unsere Kinder wünschen. Es ist eine Tragödie in unserer aufstrebenden Stadt, dass hier mindestens 16.000 Kinder von Armut betroffen sind. Allen Kindern ist ein armutsfreies Leben zu gewährleisten. DIE LINKE in Leipzig ruft die gesamte Stadtgesellschaft auf: Kein Kind in Leipzig darf in Armut aufwachsen. Das ist unsere gemeinsame, soziale Vision von unserem Leipzig der Zukunft. Eine Stadtgesellschaft ist nur so stark, wie sie mit den vermeintlich Schwächsten in der Gesellschaft umgeht. Machen wir den Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut in Leipzig zu ihrer Herzensangelegenheit!

## Wahlkreisbüro Grünau

Stuttgarter Allee 19, 04209 Leipzig

**Montag:** 9 – 18 Uhr  
**Dienstag:** 9 – 15 Uhr  
**Mittwoch:** 9 – 13 Uhr  
**Donnerstag:** 9 – 18 Uhr  
**Freitag:** 9 – 15 Uhr  
 Sonst nach Absprache.

Tel.: 0341 / 23 18 440  
 Mail: soeren.pellmann@bundestag.de

## Büro Liebkecht-Haus

Braustraße 15, 04107 Leipzig

Öffnungszeiten nach Absprache.

## Infostände

Um mit Ihnen im Gespräch zu bleiben ist mein Team jeden Monat im Wahlkreis unterwegs. Kommen Sie gern mit uns ins Gespräch, an folgenden Tagen und Orten:

- Jeden **1. Donnerstag im Monat**, 09-11 Uhr: **Moritzhof** in Lößnig (Johannes-R.-Becher-Straße)
- Jeden **1. Donnerstag im Monat**, 16-19 Uhr: **Kaufland** in **Reudnitz/Thonberg** (Dresdner Straße 80)
- Jeden **2. Dienstag im Monat**, 10-12 Uhr: **Marktplatz Stuttgarter Allee** in **Grünau**, WK 4 (Stuttgarter Allee/ Alte Salzstraße)
- Jeden **2. Mittwoch im Monat**, 09-11 Uhr: **Bayerischer Bahnhof**
- Jeden **3. Mittwoch im Monat**, 09-10 Uhr: **Jupiterzentrum** in Grünau, WK 7 (Jupiterstraße)
- Jeden **3. Mittwoch im Monat**, 11-12 Uhr: **REWE am Adler**
- Jeden **3. Donnerstag im Monat**, 10-12 Uhr: **REWE** in **Stötteritz** (Holzhäuser Straße 110)
- Jeden **4. Freitag im Monat**, 09-11 Uhr: **Marktplatz Grünauer Allee**, WK 2 (Grünauer Allee/Alte Salzstraße)



/Linkepelli



@LINKEPELLI



@soerenpellmann

## Impressum

**Herausgeber:** Sören Pellmann (ViSdP), Mitglied des Deutschen Bundestags, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Redaktion:** Adam Bednarsky, Oliver Gebhardt und Klaudia Naceur

**Fotos:** Titel: Ralf Roletschek, Wikimedia, CC BY-SA 3.0 / S. 1 „Geld“: Photo by Christian Dubovan on Unsplash / Sonst: Team Sören Pellmann

**Auflage:** 20.000

**Layout:** William Rambow